

INTERNATIONALES

DEUTSCHLAND-FRAGE

In Warschau fanden Besprechungen zwischen einer tschechoslowakischen Regierungsdelegation und der polnischen Regierung statt. Thema der Verhandlungen: die deutsche Frage. Die beiden Staaten verhandelten zum erstenmal direkt miteinander und nicht auf dem Umweg über Moskau. In den Warschauer Besprechungen wurden beide Partner sich darüber einig.

- ▷ daß die bisherigen Maßnahmen der Ostblock-Staaten gegen den deutschen Revisionismus unzureichend gewesen sind und daß
- ▷ sich der Warschauer Pakt nicht als geeignetes Instrument erwiesen hat, um das militärische Erstarken Westdeutschlands zu neutralisieren.

Die Regierungen Polens und der Tschechoslowakei kamen überein, ein kollektives europäisches Sicherheitssystem unter Einfluß Deutschlands anzustreben. Der Verwirklichung dieses Systems müsse ein Abkommen zwischen den beiden deutschen Teilstaaten vorangehen.

OST-WEST-SPANNUNGEN

In den letzten Wochen hat sich das Klima der Beziehungen zwischen der Sowjet-Union und dem Westen erheblich verschlechtert.

- ▷ Die Abberufung des sowjetischen Botschafters in Bonn, Sorin, und die Einladung einer ostdeutschen Regierungsdelegation nach Moskau fielen zeitlich mit einer vehementen Steigerung der sowjetischen Polemik gegen den amerikanischen Außenminister Dulles zusammen. Die Moskauer Presse polemisiert mit einer Schärfe gegen Dulles, die dem Ton ähnelt, der auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges von Moskau angeschlagen wurde
- ▷ Außergewöhnlich scharfe Kritik mußte sich auch Frankreichs Ministerpräsident Mollet gefallen lassen. Die Sowjets werfen ihm vor, sein Wahlversprechen, den Krieg in Algerien zu beenden, nicht eingehalten zu haben.
- ▷ Der sowjetische Außenminister Schepilow lud den stellvertretenden Generalsekretär der Arabischen Liga, Schukeiri, nach Moskau und in Hauptstädte des Ostblocks ein. Schukeiri soll weitere Waffenlieferungen für die arabischen Staaten und für Algerien vereinbaren

OSTHANDEL

Das Exekutivsekretariat des GATT (Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen) hat in Genf seinen Jahresbericht über den Welthandel im Jahre 1955 veröffentlicht. Der Bericht stellt fest:

- ▷ Bei der Belieferung unentwickelter Gebiete mit Industrieausrüstungen sind die Staaten des Ostblocks dem Westen gegenüber im Vorteil, weil „die technische Integration im Ostblock weiter vorangetrieben ist“ und die Ostblock-Staaten den unentwickelten Gebieten größere und langfristige Kredite bieten können.
- ▷ Der Außenhandel zwischen der Sowjet-Union und den osteuropäischen Satelliten einerseits und dem Westen andererseits schloß im Handelsjahr 1955 mit einem Überschuß zugunsten des Ostblocks ab.
- ▷ Der Anteil der Fertigwaren am Export des Ostblocks ist auf 35 Prozent ge-

stiegen. Von nun an, urteilt der GATT-Bericht, können die Ostblockstaaten Fertigwaren und Industriegüter in demselben Maße liefern wie die westlichen Staaten.

PROPAGANDA

Die Vereinigten Staaten werden im kommenden Haushaltsjahr 23 Millionen Mark zur Förderung von Auslandsreisen bekannter amerikanischer Kapellen ausgeben. „Dizzy Gillespie (ein bekannter Jazztrompeter) hat uns im Libanon und in Pakistan viele Freunde gewonnen“, sagte zur Begründung der Chef der amerikanischen Auslandspropaganda, Streibert.

ZITATE

„In London greift die Auffassung um sich, daß die einzige Art, in der England seine Verteidigungsausgaben wesentlich vermindern kann, darin besteht, eine große politische Entscheidung zu fällen — mit anderen Worten, den anmaßenden Anspruch

ABRÜSTUNG

Flaggen statt Soldaten

Gegen Ende der vorletzten Woche kam in Washington unverhofft ein wesentliches Stück von Eisenhowers weltpolitischer Fernplanung zum Vorschein. Durch eine Panne im militärischen Befehlsapparat der Vereinigten Staaten erfuhr die Öffentlichkeit von Absichten, die Eisenhower in seiner zweiten Präsidentschaftsperiode verwirklichen will.

Das Nahziel dieser Pläne ist eine Verminderung der amerikanischen Streitkräfte um mehr als ein Viertel ihres gegenwärtigen Mannschaftsbestandes. Darüber hinaus aber liegt den Plänen des Präsidenten unverkennbar ein weltpolitisches Konzept zugrunde, das die Regierung Eisenhower ganz offensichtlich zur Zeit gern noch geheimgehalten hätte.

Denn jener Plan, die Mannschaftsstärke der Armee zu reduzieren, entspricht weitgehend den Abrüstungsvorschlägen der



The Minneapolis Star

„Solche Dinge machen eine Menge Lärm!“

aufzugeben, daß England es den Vereinigten Staaten oder der Sowjet-Union auf dem Gebiet der Nuklearwaffen und Ferngeschosse gleichtun kann.“ (Der Londoner „Observer“ über die englischen Pläne, den Wehrhaushalt radikal einzuschränken.)

„Wenn wir der Wiedervereinigung zustimmen, besteht die Gefahr, daß unsere Leute wie Dreck aus Polen in die Ostsee gefegt werden. Und wenn wir gleichwohl zustimmen, muß dafür Sorge getragen werden, daß Ulbricht in seiner Position bleibt, damit in Polen nichts passiert. Die Deutschen reden immer nur von Wiedervereinigung, aber sie sind blöd und blind, denn sie sehen nicht, was uns Polen (im Falle der deutschen Wiedervereinigung) für Sorge bereiten würde. Wenn uns aber Polen Sorge bereitet, werden auch unsere anderen Freunde in Ungarn, Bulgarien, Rumänien und der Tschechoslowakei verdammt unruhig werden.“ (Parteichef Chruschtschew zum Sowjetbotschafter in Warschau, Ponomarenko, der die Äußerung Chruschtschews einem jugoslawischen Diplomaten berichtete.)

Sowjets, die Washington noch vor kurzem — während der Abrüstungsverhandlungen in London — mit nachdrücklichem Pathos offiziell abgelehnt hatte.

Die Geheimnistuerei der Regierung Eisenhower hatte sowohl innen- wie außenpolitische Gründe.

Amerikas Öffentlichkeit ist bei weitem nicht so entspannungsfreudig wie Eisenhower und seine engsten Berater. Deshalb schien es Eisenhower aus wahltaktischen Gründen — die Präsidentenwahlen finden in diesem Herbst statt — geboten, seine Abrüstungspläne vorläufig noch zu verbergen. Eisenhowers Friedfertigkeit ist ohnehin seit geraumer Zeit Zielscheibe demokratischer Wahlreden. „Dieser Bursche“, sagte kürzlich der demokratische Gouverneur des Staates New York, Averell Harriman, indem er auf eine Photographie Eisenhowers zeigte, „ist hinsichtlich der wahren Natur der kommunistischen Verschwörung so naiv wie nur irgend jemand in der Geschichte.“

Mit den innenpolitischen Verschwiegenheitsgründen waren auch außenpoliti-



US-Stabschefs Twining, Burke, Taylor: Die Deutschen sollten ...

sche Überlegungen verquickt, darunter vor allem mit der sorgenvollen Frage, wie sich eine so weitgehende Abrüstung auf Amerikas Nato-Verbündete, insbesondere auf die deutsche Bundesrepublik, auswirken werde.

Daß die Psst-psst-Taktik in Sachen Abrüstung schließlich mit einem Knall endete, verdankt die Regierung Eisenhower ihrem obersten Soldaten, dem Admiral Arthur W. Radford, dessen offizieller Titel „Vorsitzender der vereinigten Stabschefs“ lautet.

Die Geschichte der Panne begann mit einer Routine-Angelegenheit. Alljährlich im Frühsommer machen sich die Stabschefs der drei Wehrmachtsteile in Washington daran, die strategischen Pläne für die nächsten drei Jahre festzulegen beziehungsweise die vom Vorjahr vorliegenden Pläne zu revidieren. Anfang April etwa pflegt der Militärhaushalt annähernd fertiggestellt zu sein, und zu gleicher Zeit hat für gewöhnlich der Präsident sein außenpolitisches Programm jedenfalls in den Grundzügen mit dem Kongreß ausgehandelt. Beides — das für Militärzwecke verfügbare Geld und die außenpolitischen Absichten des Präsidenten — sind Voraussetzungen für die militärische Planung.

Die großen und die kleinen Schrecken

In diesem Jahr konnten die Stabschefs — General Maxwell D. Taylor (Heer), Admiral Arleigh A. Burke (Marine) und General Nathan F. Twining (Luftwaffe) — mit ihrer Planung erst Anfang Mai beginnen. Der von den Demokraten beherrschte Kongreß kämpfte erbittert um eine Erhöhung des von der Regierung vorgesehenen Rüstungsetats, so daß selbst Anfang Mai noch nicht klar war, wieviel Geld für die Streitkräfte im neuen Haushaltsjahr verfügbar sein würde.

Immerhin hatte zu dieser Zeit der Nationale Sicherheitsrat (National Security Council = NSC) bereits verfügt, die Streitkräfte sollten sich bei ihrer strategischen Planung nicht nur auf die abschreckende Wirkung der A- und H-Bomben verlassen. Vielmehr, so hatte dieses oberste Planungs-Gremium der amerikanischen Regierungsmaschine angeordnet, sollten die Stabschefs auch für Truppen sorgen, die gegebenenfalls einen konventionellen Kleinkrieg führen könnten. Diese NSC-Weisung war ein Kompromiß zwischen den zwei zur Zeit geläufigsten Kriegstheorien. Die eine besagt, daß bei dem gegenwärtigen Stand der atomaren Waffentechnik die Drohung

mit der H-Bombe genügt, um jeden Krieg zu verhindern (Abschreckungstheorie). Die andere Theorie meint, daß gerade die Totalität der zerstörenden Wirkung von A-Waffen deren Einsatz verhindere. Ein Angreifer, der begrenzte militärische Ziele ausschließlich mit klassischen Waffen zu erreichen trachtet, sei mithin von vornherein sicher, daß seine Aggression nicht mit A- und H-Waffen erwidert werde. Aus diesem Grunde müßten die Staaten auch über klassische Heere verfügen (Kleinkriegstheorie).

Die kompromißlerische NSC-Weisung war vor allem für die U. S. Army eine Beruhigung gewesen. Für Kleinkriege braucht man vor allem Infanterie, und solange Washington sich notfalls an „Kleinkriegen“ von der Art des Korea-Krieges (geschätzte Gesamtzahl der Toten: 1,8 Millionen Mann) beteiligen will, ist das Heer vor Kürzungen sicher. Desgleichen war diese Weisung des Sicherheitsrates von allen Ländern mit Befriedigung aufgenommen worden, die gern den großen amerikanischen Bruder leibhaftig in der Nähe sehen.

Um so überraschter aber waren die Stabschefs, als ihnen Anfang Mai zu Beginn ihrer Planungsarbeit aufgegeben wurde, ihre Mannschaftsbestände kräftig zu reduzieren. Vor allem, so wurde ihnen gesagt, sollte die Armee beträchtlich kleiner werden.

Der Mann, der den Stabschefs diese Mitteilung überbrachte, war Admiral Radford, und damit bekam die Reduzierungsforderung der Regierung für die Stabschefs noch einen besonders bitteren Beigeschmack. Radford ist Vorsitzender des Stabschefs-Komitees, er ist aber nicht militärischer Vorgesetzter der Stabschefs. Er soll in erster Instanz entscheiden, wenn es zwischen den drei Wehrmachtsteilen zu Meinungsverschiedenheiten kommt; er soll ihre gemeinsamen Interessen bei der Regierung vertreten. Er darf ihnen jedoch keine Weisungen erteilen. Seine Stellung ist also schon durch ihre Struktur reichlich prekär: Ohne eigene Verantwortung für die drei Wehrmachtsteile zu tragen, soll er deren Maßnahmen vor der Regierung vertreten. Ohne Kommando-Befugnis zu haben, soll er die Beschlüsse der Regierung bei den Stabschefs durchsetzen.

Die Revolte der Stabschefs

Darüber hinaus: Als Kontaktmann des Militärs zur Regierung steht er zwangsläufig in weit stärkerem Maße unter dem Einfluß nicht-militärischer, also außenpolitischer Überlegungen als die Stabschefs selbst. Naheliegender ist, daß er seine außenpolitischen Kenntnisse als Machtmittel gegenüber seinen Kameraden benutzt. Bereits im März wies die „New York Times“ darauf hin, daß Radford — einfach weil er mehr wisse als die Stabschefs — innerhalb des Gremiums der Stabschefs eine Autorität gewinne, die ihm eigentlich nicht zustehe.

So mag die Tatsache, daß Radford sich energisch für die Verminderung der Streitkräfte einsetzte, unter anderem auch damit zu erklären sein, daß er in dem Kürzungs-Befehl der Regierung ein Mittel sah, seinen Kollegen seine Macht zu demonstrieren.

Unter diesen Umständen war es keineswegs überraschend, daß die Stabschefs,



... es noch nicht wissen: US-Verteidigungsminister Wilson, Admiral Radford

die sonst einander wenig gewogen sind, sich zu gemeinsamer Bockigkeit vereinten. General Taylor erklärte nach längerer Selbstprüfung, daß er von seiner gegenwärtig etwas mehr als eine Million Mann zählenden Army bis Mitte 1958 nicht mehr als 80 000 bis 100 000 Mann nach Hause schicken könne, und die beiden anderen Stabschefs stimmten Taylor dabei in seltener Einmütigkeit zu.

An dieser Stelle der Verhandlungen — es muß ungefähr Anfang Juli gewesen sein — rückte Radford mit einer für die Stabschefs geradezu niederschmetternden Mitteilung heraus. Er erklärte seinen Kameraden, daß er eine Verminderung um insgesamt 800 000 Mann, durchzuführen bis Mitte 1960, von ihnen fordere. Dies sei praktisch ein Befehl der Regierung, denn die Forderung habe die Billigung des Präsidenten Eisenhower.

Radford spezifizierte seine Forderung. Die amerikanischen Streitkräfte zählen

Was nun geschah, läßt sich unschwer rekonstruieren. So erfolgreich die Wahrheitssuche der Stabschefs gewesen war, sie nützte ihnen wenig, solange sie nicht einen Hebel fanden, mit dessen Hilfe eventuell das Unheil abgewendet werden konnte. Er fand sich schließlich in jenen schwer einsehbaren Kanälen, die das Pentagon — den Sitz der Stabschefs — mit dem Senat und der Presse verbinden.

Das in diesem Bereich zustande gekommene Arrangement mag auf folgenden Überlegungen beruhen: Es mußte der Regierung Eisenhower angesichts der bevorstehenden Wahlen und mit Rücksicht auf die wenig entspannungsfreudige Haltung der Wähler ziemlich unangenehm sein, wenn publik würde, in welchem Maße die nächste Regierung Eisenhower abrüsten will. Den Demokraten im Kongreß konnte das Bekanntwerden solcher Pläne mithin nur recht sein. So beschloß man, die Presse zu informieren. Die „New

kund, sei eine „Mischung von Tatsachen und purer Spekulation“. Immerhin gab er zu, daß die Einführung neuer (Atom-) Waffen die Reduzierung der Streitkräfte möglich machen könnte.

Als einzigen wesentlichen Grund, der eine solche Reduzierung verhindern könne, nannte Radford die „militärischen Verpflichtungen der Vereinigten Staaten in Verbindung mit der Sicherheit der freien Welt“. Gemeint war damit vor allem die Nato.

Zur Zeit stehen acht Divisionen der amerikanischen Armee in Asien und Europa. Das sind mit den dazugehörigen Etappeneinheiten rund 450 000 Mann. Fünf Divisionen sind in Europa stationiert, zwei in Korea und eine steht in Japan.

Ein Sprecher des Pentagon erklärte, daß nach dem Radford-Plan der amerikanische Soldat in Deutschland nur noch „durch Flaggen dargestellt“ werden könne, daß — mit anderen Worten — in vier Jahren Amerika auf europäischem Boden nur noch symbolisch vertreten sein werde.

Eben das aber ist offenkundig ein Teilstück der weltpolitischen Entspannung, die Eisenhower und seine Berater für die nächste Präsidentschaftsperiode planen, deren Umfang und politische Konsequenzen sie aber jetzt eigentlich weder dem amerikanischen Volk noch den Europäern verraten wollten.

Dulles täuschte Adenauer

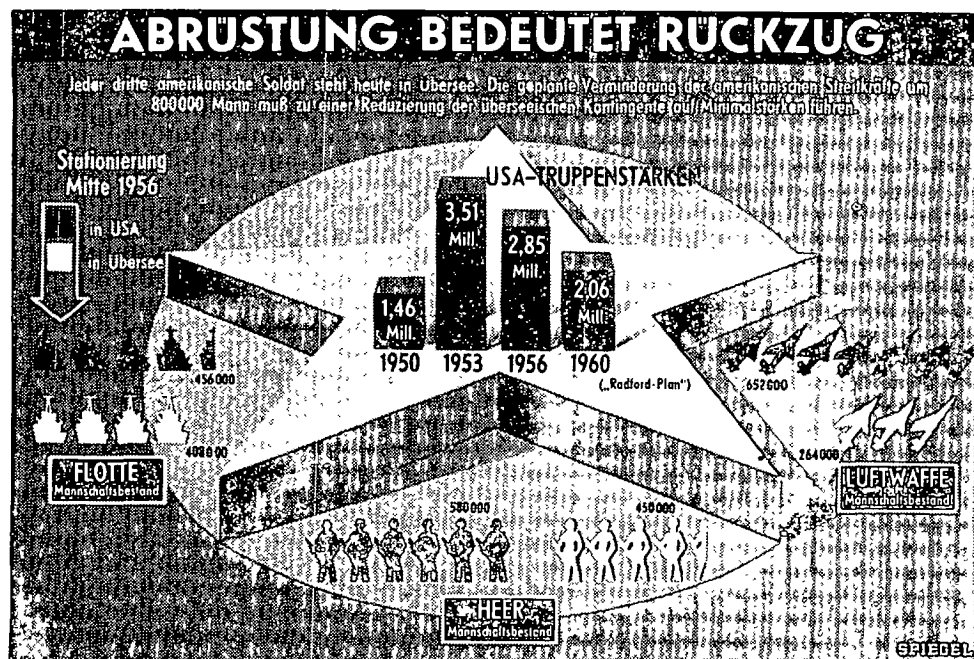
In der letzten Woche versuchten amerikanische Journalisten, den durch Radfords Plumpheit rissig gewordenen Vorhang vor der Washingtoner Außenpolitik weiter aufzuschlitzen. In einer Pressekonferenz im State Department fragten sie Außenminister Dulles, ob die USA in den nächsten vier Jahren ihre Truppen aus Europa zurückziehen würden.

Dulles richtete daraufhin seinen Blick gegen die Decke und antwortete mit langatmigen Betrachtungen über Vertragstreue einerseits und über die Tatsache andererseits, daß zweifellos die Entwicklung moderner Waffen die überseeischen Stützpunkte Amerikas relativ überflüssig mache.

Die Journalisten fragten weiter: Ob nun — nachdem feststehe, daß die USA die Mannschaftsstärken ihrer Streitkräfte stark herabzusetzen beabsichtigen — nicht auch das Rüstungsziel der deutschen Bundesrepublik (500 000 Mann) überholt sei. Wiederum antwortete Dulles mit allgemeinen Wendungen, in deren Verlauf er andeutete, daß es ein allgemeiner Trend der gegenwärtigen Militärpolitik sei, die Mannschaftsstärken der Armeen zu kürzen.

Die Zurückhaltung des amerikanischen Außenministers bei der Beantwortung der letzten Frage erklärt sich offenkundig aus folgendem Zusammenhang: Im Mai erteilte Admiral Radford im Auftrage der Washingtoner Regierung den Stabschefs den Befehl zur Reduzierung der Streitkräfte. Das war rund anderthalb Monate vor dem letzten Besuch Bundeskanzler Adenauers in Washington (Mitte Juni) und etwa zwei Monate vor der Bundestagsdebatte über die deutsche Aufrüstung, in der die Bundesregierung ihr Rüstungsziel von 500 000 Mann auf Hieb und Stich verteidigte.

Ohne erkennbare Zeichen der Verlegenheit gab Dulles am letzten Mittwoch zu, daß er Bundeskanzler Adenauer bei dessen Besuch im Juni nicht über den damals immerhin anderthalb Monate alten Abrüstungsplan der Vereinigten Staaten unterrichtet habe — einen Plan, der nach seinem eigenen, wenn auch nicht ausdrücklichen, so doch stillschweigenden Einverständnis auch die deutschen Rüstungsziele weitgehend hätte modifizieren müssen.



zur Zeit rund 2,8 Millionen Mann. Davon gehören zum Heer rund eine Million, zur Flotte etwa 864 000 und zur Luftwaffe annähernd 916 000 Mann. Von diesen Mannschaftsstärken sollen nach dem Radford-Plan bis 1960 die Armee 450 000, die Flotte 200 000 und die Luftwaffe 150 000 Mann entlassen (siehe Graphik).

Die Stabschefs zeigten wenig Lust, sich mit Radfords barschem „Wegtreten“-Kommando abzufinden. Sie begannen, die Regierungsmaschine des Weißen Hauses daraufhin abzutasten, wie Radfords Weisung zustande gekommen sei und wieviel wohl an Radfords Behauptung, er habe Eisenhowers „Ja“, wahr sei.

Die Wahrheitssucher der Streitkräfte fanden, daß Radford eines Tages im Frühjahr dem damals kaum von seiner Herz-Attacke genesenen Eisenhower Vortrag über die allgemeinen Grundsätze einer langsamen Reduzierung der Streitkräfte gehalten habe und daß an einer Stelle der Präsident wohlwollend mit dem Kopf genickt habe: Ja, er sei auch für weniger Soldaten.

In Wirklichkeit aber, so meinten die Stabschefs erforscht zu haben, hätten Männer aus der Umgebung des Präsidenten, wie Finanzminister Humphrey, Chefberater Adams und Verteidigungsminister Wilson, den Reduzierungsplan ausgeheckt.

York Times“ — die angesehenste Tageszeitung des Landes — wurde als Vollzugsorgan ausgewählt.

Normalerweise schreibt in der „New York Times“ über Militärthemen der Journalist Hanson W. Baldwin. Diesmal jedoch wählten die Verschwörer des Pentagon einen Reporter namens Anthony Leviero. Aus dessen Feder erschien am 13. Juli auf der ersten Seite der „New York Times“ ein Aufsatz unter der Überschrift: „Radford fordert Streichung von 800 000 Mann. Die drei Wehrmachtsteile protestieren.“ Leviero enthüllte darin den Radford-Vorschlag und — in groben Zügen — den Streit der Stabschefs mit ihrem Vorsitzenden Radford.

Leviero vergaß dabei nicht, immer wieder zu unterstreichen, daß alles, was er seinen Lesern mitteilte, „top secret“ sei. Mit hintergründiger Ironie hob er hervor, daß jenes Memorandum Radfords über die 800 000 - Mann - Kürzung, dessen Inhalt er der Weltöffentlichkeit präsentierte, mit dem Vermerk versehen sei: „Es ist untersagt, hiervon Kopien zu machen.“

Levieros Schuß war kaum heraus, als die Regierung Eisenhower schon zu dementieren versuchte. Bereits am Abend des 14. Juli antworteten Radford und Verteidigungsminister Wilson mit gewundenen Erklärungen. Levieros Artikel, so gab der Admiral in einer schriftlichen Äußerung